

1. Kapitel: Erbe des Kolonialismus – Erblast für die Zukunft

Der osmanische Vielvölkerstaat der früheren Jahrhunderte war aufgrund des Freiheitskampfes verschiedener Völker der Region und einer Politik der Verkleinerung und Zerstörung durch die europäischen Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend zerfallen. Mit der kolonialen Durchdringung des Osmanischen Reiches verbreiteten sich seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts insbesondere in den gebildeten Schichten der osmanischen Gesellschaft nationalistische Ideen, die sich zunächst gegen die Vorherrschaft der osmanischen Herrscher richteten. Viele Führer ethnischer und religiöser Minderheiten strebten dabei ein Bündnis mit einer der europäischen Großmächte an, die immer deutlicher wirtschaftlichen und auch militärischen Einfluss in der Region gewannen. Sie erwarteten von einem Bündnis mit den Gegnern des Osmanischen Reiches Unterstützung, um größere Autonomie zu erlangen oder sogar die Gründung eines eigenen Staates durchsetzen zu können. Diese Chance, die nach der Niederlage des Osmanischen Reiches und der damit verbundenen Neuordnung der Region am Ende des 1. Weltkrieges bestanden hätte, realisierte sich jedoch nicht. Die traditionellen Führungsschichten in der Region unterschätzten die Macht des Kolonialismus und hatten offensichtlich auch keine klaren Vorstellungen von den tatsächlichen Zielvorstellungen der neuen Kolonialherren Frankreich und Großbritannien. Keines der zuvor gemachten Versprechen gegenüber der arabischen wie auch der kurdischen Bevölkerung wurde gehalten. Mit Macht und Energie gingen die neuen Herren daran, die Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen umzuformen und die Region entsprechend der imperialistischen Interessenslagen aufzuteilen. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Staatsgründung des Irak.

Der Irak als politische Einheit mit den Grenzen, in denen er heute besteht, ist ein Staatsgebilde, das in dieser Form ausschließlich ein Produkt der Kolonialmacht Großbritannien ist. Der Irak hat ca. 23,5 Millionen Einwohner, wovon – je nach Quelle – ca. 72-76% arabischer Volkszugehörigkeit und 19-25% kurdischer Volkszugehörigkeit sind. Der Rest der Bevölkerung setzt sich aus verschiedenen Minderheiten zusammen: Turkmenen, Armenier, Perser, Chaldäer und Assyrer. Die Grenzen der meisten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sind willkürlich, entsprechend den Interessen der Kolonialherren, gezogen. Auf traditionelle Siedlungsgebiete der Völker der Region, religiöse Gegebenheiten, sinnvolle ökonomische Zusammenhänge aus Sicht der einheimischen Bevölkerung etc. wurde dabei

keine Rücksicht genommen. Eine Vielzahl der Konflikte und Probleme wie sie heute im Irak wie auch in anderen Staaten der Region bestehen, hat ihre Wurzeln in der imperialistischen Bestimmung der Entwicklung in diesen Ländern.

I. Grenzziehungen des Imperialismus und die Staatsgründung des Irak

Fast 300 Jahre, bis 1918, gehörte das Gebiet des heutigen Irak zum Osmanischen Reich. Das Gebiet wurde 1534 besetzt und unter osmanische Herrschaft gebracht. Die heutigen Staaten Ägypten, Israel, Syrien, Jordanien, Irak und Saudi-Arabien stellten bis zur Zerschlagung des Osmanischen Reiches eine geopolitische Einheit dar. Weder nach der Eroberung dieser Gebiete im 7. Jahrhundert durch die Araber noch nach der Eroberung durch die Osmanen im 16. Jahrhundert wurden in der bezeichneten Region ökonomische oder national-politische Grenzen gezogen. Auf Grund des knappen fruchtbaren Bodens, der nur dort vorhanden ist, wo mächtige Wasserströme die Region durchfließen, war die landwirtschaftliche Produktion und damit auch die Versorgung der Bevölkerung nur dadurch möglich, dass eine zentralisierte Staatsgewalt die Bewässerung des Bodens über Einzelinteressen hinweg kontrollierte. Dem stand nicht entgegen, dass das von den Osmanen eroberte Land unter verschiedenen Großwesiren aufgeteilt wurde, die es für die Zentralmacht verwalteten und in Eigenregie ausbeuteten, aber gleichzeitig Steuern und andere Abgaben nach Istanbul weiterzuleiten hatten. Mitte des 17. Jahrhunderts ging das osmanische Reich verstärkt zum System der Steuerpacht über, bei dem Rechte der Finanzhoheit und somit auch der Steuerfestsetzung gegen Vorauszahlung an den Meistbietenden versteigert wurden. Das System der Steuerpacht führte zur Anhäufung von Reichtum in den Händen der lokalen Machthaber, die darüber auch insgesamt ihre Machtposition gegenüber der Zentralmacht ausbauen konnten. Nach der Zentralisierung des Reiches setzten sich parallel zur Verselbstständigung der lokalen Machthaber verstärkt Dezentralisierungstendenzen durch. Die lokalen Machthaber, die von der Zentralverwaltung immer weniger ökonomisch und militärisch kontrolliert werden konnten, waren zugleich bereit, zunehmend mit europäischen Kaufleuten oder direkt mit den europäischen Großmächten zusammenzuarbeiten, um die eigene neu gewonnene Machtstellung gegenüber der Zentralverwaltung des Reiches zu stärken und zu behaupten.

Seit dem 19. Jahrhundert verstärkte sich die wirtschaftliche und politische imperialistische Durchdringung der Region. Der Reichtum an Rohstoffen und die mit der großen Bevölkerungszahl verbundenen guten Absatzmöglichkeiten für die kapitalistischen Industrieprodukte waren für die aufsteigende Bourgeoisie der Großmächte von besonderem Interesse. Die sich entwickelnden Länder Westeuropas, vor allem Großbritannien und Frankreich, haben die Schwäche des Osmas

nischen Reiches frühzeitig erkannt und systematisch begonnen, ihren Einfluss geltend zu machen. Bis 1880 machten sich England, Frankreich und das russische Zarenreich bei der Unterjochung des Osmanischen Reiches Konkurrenz. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war die Region nur noch formal-politisch ein Teil des Osmanischen Reiches, faktisch war sie bereits Einflussgebiet des sich ausdehnenden englischen, französischen und auch deutschen Imperialismus. Frankreich und England spielten eine dominierende Rolle in allen wichtigen wirtschaftlichen Gebieten: Handel, Schiffsverkehr, Finanz- und Währungspolitik. Nach 1880 begann der deutsche Imperialismus sich ebenfalls in der arabischen Welt zu betätigen. Die westlichen Großmächte bedienten sich zur Sicherung ihres Einflusses vor allem folgender Methoden: Einerseits nutzten sie die wirtschaftliche Schwäche des Osmanischen Reiches aus, um durch niedere Zölle ihre Waren abzusetzen, andererseits konnten sie religiöse und ethnische Minderheiten als Bündnispartner für die Ausdehnung ihrer eigenen Interessen gewinnen. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Aktien des Suez-Kanals, fast die gesamte Kontrolle des Außenhandels lagen bereits viele Jahre vor dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches am Ende des 1. Weltkrieges in den Händen westeuropäischer Firmen.

Am Ausbau der Rohstoffexportökonomie im Nahen Osten wirkte seit dem 19. Jahrhundert verstärkt europäisches Kapital mit, dessen Investitionsbedingungen ständig verbessert wurden. So war es Ausländern erlaubt ihr Kapital mit einheimischem Kapital zu fusionieren und Grund und Boden zu erwerben. Über den Handel hinaus wurde zunehmend in die Exportproduktion von Agrargütern investiert, außerdem in den Bergbau und dann im 20. Jahrhundert in den Erdölsektor. Auch Infrastrukturprojekte standen bei den ausländischen Investoren hoch im Kurs. Neben dem Suez-Kanal war in diesem Bereich die Bagdad-Bahn das bedeutendste Projekt. Die Eisenbahnlinie von Konya in der Türkei nach Bagdad mit einer Länge von 3200 km war als wichtigste Landverkehrsverbindung zu den Gebieten am Persischen Golf konzipiert. Mit dem Bau wurde 1903 unter maßgeblicher deutscher Beteiligung begonnen, was von Großbritannien und Russland damals als deutsche Bedrohung ihrer Einflusssphären angesehen wurde. Die Bagdad-Bahn wurde schließlich 1940 fertiggestellt.

Nachdem sich die ersten Anzeichen des Zerfalls des Osmanischen Reiches bemerkbar machten, ging es den Großmächten nur noch darum, den jeweils größtmöglichen Gewinn aus dem Zerfallsprozess zu ziehen. In den Konkurrenzkampf zwischen England und Russland hatten sich auch der französische und der aufstrebende deutsche Imperialismus eingereiht. Das Deutsche Reich war jedoch im Gegensatz zu den anderen imperialistischen Mächten an stabilen Verhältnissen im Osmanischen Reich interessiert. Und seine Politik wurde auf dieser Grundlage ausgelegt. Im Rahmen eines militärischen Abkommens wurde 1835 Helmuth von Moltke in die Türkei entsandt, der dort als Berater beim Aufbau einer modernen

Armee nach preußischem Muster tätig war. Gleichzeitig erstellte er auch Berichte für die deutsche Wirtschaft. 1839 wurden dann die ersten Handelsabkommen zwischen dem Osmanischen Reich und der deutschen Industrie abgeschlossen, die die Grundlage der späteren «deutsch-türkischen Beziehung» bildeten. Es ging vor allem darum, neue Absatzmärkte für deutsche Produkte zu erschließen und die Abhängigkeit des Osmanischen Reiches vom Deutschen Reich auf finanzieller und militärischer Ebene zu intensivieren. Um die Rentabilität der Investitionen zu gewährleisten, z.B. auch im Hinblick auf die Bagdad-Bahn, erweiterte das Deutsche Reich nach der Machtübernahme der «Jungtürken» 1908 die militärischen Beziehungen, aus denen sich die «deutsch-türkische Waffenbrüderschaft» entwickelte, die bis in die Gegenwart von zentraler Bedeutung ist.

Der 1. Weltkrieg verfestigte die bereits bestehende ökonomische Herrschaft der Großmächte, vor allem Großbritanniens und Frankreichs nun auch auf der machtpolitischen Ebene. Der deutsche Imperialismus, der im 1. Weltkrieg mit dem Osmanischen Reich verbündet war, gehörte zu den Verlierern des Krieges und verlor zunächst seinen bereits erworbenen wirtschaftlichen und militärischen Einfluss. Die arabische und kurdische Oppositionsbewegung gegen die türkische Unterjochung wurde von den europäischen Großmächten geschickt in ihrem Interesse ausgenutzt. England bot den arabischen Stämmen eine Allianz gegen die Türkei an und versprach als Gegenleistung Unabhängigkeit und die Beendigung des Krieges. Mit diesen Versprechen gelang es der englischen Regierung teilweise, miteinander rivalisierende Führer der arabischen Welt auf die Seite Englands zu ziehen. Im Jahre 1915 versprach Großbritannien dem Sharif Hussein von Mekka, ihn bei der Erfüllung seines Zieles, der Schaffung eines Groñarabischen Reiches, zu unterstützen und ihm das Gebiet von Südanatolien bis zur arabischen Halbinsel am Roten Meer zuzusprechen, wenn er sich an einem Krieg gegen die Türken beteiligen würde. Die Zusage bezog sich somit auf das gesamte Gebiet der heutigen Staaten Syrien, Libanon, Jordanien, Irak, Israel und Saudi Arabien. Noch bevor die entscheidenden militärischen Angriffe unter Beteiligung der Truppen Husseins gegen das Osmanische Reich geführt wurden, einigten sich Frankreich und Großbritannien in einem Geheimabkommen 1916, dem Sykes-Picot-Abkommen, über die Aufteilung des Nahen Ostens in Einflussphären. Zuversichtlich, das Erbe des Osmanischen Reiches nach dem Kriegsende antreten zu können, teilten England und Frankreich die arabischen Territorien des Osmanischen Reiches unter sich auf. Bereits zu diesem Zeitpunkt verabredeten sie zudem die Aufteilung der Region in kleine staatliche Gebilde und Protektorate. Es wurde außerdem beschlossen, die rohstoffreichen Gebiete am Persischen Golf von den bevölkerungsreichen Flächenstaaten abzutrennen. Dieses Abkommen war dann auch die Grundlage für die Aufteilung der Region und Grenzziehungen nach dem 1. Weltkrieg. Das heutige Syrien und der Liba-